

RHEIN-SIEG-KREIS

DER LANDRAT

ANLAGE _____
zu TO.-Pkt. _____

67.2 Landschaftsplanung, Fachplanungen

24.05.2004

B e s c h l u s s v o r l a g e

 für den
 öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum	Umweltausschuss am 07.06.04
--------------------------	------------------------------------

Tagesordnungs- punkt	Weltjugendtag - Vereinbarung zur Vorbereitung und Durchführung des Weltjugendtages 2005 in Sankt Augustin -
---------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss stimmt der Vereinbarung vom 26.03.2004 zu. Er beauftragt die Verwaltung, die Vereinbarung stetig dem Stand der Planung entsprechend im Geiste des Vertrages fort zu entwickeln.

Erläuterungen:

- Am 19. März 2004 hat ein Gespräch beim Umweltministerium des Landes NRW über die Durchführung der Abschlussfeier des Weltjugendtages 2005 in Sankt Augustin-Hangelar stattgefunden. Es fand unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Griese statt und an ihm nahmen Vertreter der Weltjugendtags gGmbH, des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW, des NABU, des BUND, der Bezirksregierung Köln, der Stadt Sankt Augustin und des Rhein-Sieg-Kreises teil.

Das Ministerium regte an, eine Vereinbarung zu treffen, mit der die Berücksichtigung naturschutzfachlicher Erfordernisse bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung in Hangelar sicher gestellt werden kann. Daraufhin fanden am 24. und 26. März 2004 im Kreishaus in Siegburg Verhandlungen zwischen den Vertretern der oben genannten Interessengruppen und Behörden statt, mit dem Ziel, eine Vereinbarung zu erarbeiten und zu unterzeichnen. Die Bezirksregierung Köln legte am 26. März einen Vertragsentwurf vor, den die Beteiligten (ohne BUND) schließlich mit Modifikationen übernommen und paraphiert haben (siehe Anhang 1).

Der BUND (Landes- und Kreisverband) war nicht bereit, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Dies wurde von den übrigen Beteiligten bedauert und mit der Hoffnung verbunden, dass der BUND seinen Standpunkt noch einmal überdenken möge.

Der Planungs- und Verkehrsausschuss der Stadt Sankt Augustin hat der Vereinbarung inzwischen zugestimmt und die Zustimmung der Vertretungsgremien des Rhein-Sieg-Kreises steht noch aus. Unabhängig davon ist die Vereinbarung bisher von den Beteiligten durch praktisches Tun „gelebt“ worden.

Der Landschaftsbeirat hat der Vereinbarung in seiner Sitzung am 04. Mai 2004 mit großer Mehrheit (9 gegen 2 Stimmen) zugestimmt.

2. Die Bezirksregierung Köln hält es jetzt für erforderlich, die vertragliche Vereinbarung wegen der Problematik der Kampfmittelräumung zu ergänzen und hat dies dem Kreis inzwischen auch schriftlich mitgeteilt. Sie hält es auch für geboten, die Flugplatzgesellschaft Hangelar GmbH und die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Luftverkehrsbehörde in den Vertrag mit einzubeziehen.
3. Während der vergangenen Wochen ist die Entwicklung weiter gegangen. Die Abgeordneten des Umweltausschusses haben dies gewiß durch die Presseberichterstattung verfolgen können: So hat der BUND einen Alternativ-Standort, linksrheinisch, in Bornheim-Sechtem ins Gespräch gebracht.

Mit Schreiben vom 12. Mai 2004 haben der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises und alle im Kreistag vertretenen Fraktionen sich an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewandt und ihn in eindringlicher Form gebeten, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass der Genehmigung der Abschlussveranstaltungen auf dem Flugplatzgelände in Sankt Augustin-Hangelar keine „bürokratischen Hindernisse“ in den Weg gelegt werden.

4. Die Vorbereitung des Großereignisses bindet ein hohes Maß an Verwaltungskraft, auch der Kreisverwaltung und findet in einer Vielzahl von Gremien statt: So existiert bei der Stadt Sankt Augustin eine Koordinierungsgruppe, die monatlich tagt und an der auch die verschiedenen Dienststellen der Kreisverwaltung beteiligt sind und auf Kreisebene bekanntlich der Umweltausschuss eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der 4 seiner Mitglieder ebenso vertreten sind wie 4 Mitglieder des Landschaftsbeirates: hier werden die naturschutzfachlichen Fragen schwerpunktmäßig behandelt. Hierzu werden auch die Vertreter besonders betroffener Personengruppen hinzugezogen, wie zum Beispiel der Landwirtschaft und bei der nächsten Sitzung werden ebenso Vertreter der Jägerschaft eingeladen werden. Die Niederschrift der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe vom 05. Mai 2004 wird als Anhang 2 dieser Vorlage beigefügt. Die Niederschrift enthält eine Reihe informativer Details zum Zeitplan und zu den Maßnahmen der Vermeidung bzw. Minimierung des mit der Veranstaltung verbundenen Eingriffs.